

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Alexander Bonde, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Irmingard Schewe-Gerigk, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen des Small Business Act

Die Europäische Kommission hat am 26. Juni 2008 den Small Business Act vorgelegt. Es handelt sich um ein Paket mit verschiedenen legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die Europäische Kommission möchte mit diesem Förderprogramm die Wettbewerbsfähigkeit von KMU verbessern und das Wirtschaftswachstum in der EU fördern.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, für arbeitsintensive Dienstleistungen einen verminderten Mehrwertsteuersatz einzuführen?
2. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung eine Kultur für Unternehmensgründungen schaffen?
Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag, das Insolvenzrecht so zu verändern, dass Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründer schnell eine zweite Chance bekommen?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung den EU-Verordnungsentwurf über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft „Societas privata europaea“ (SPE) mit einem Gründungskapital von 1 Euro?
Inwiefern fügt sich dies in die Vorhaben der Bundesregierung zum Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) ein?
4. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, ein Netzwerk zu schaffen, um Frauen bei der Unternehmensgründung zu unterstützen?
5. Welche weiteren Unterstützungen kann es aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen des Small Business Act für Frauen bei der Gründung von Unternehmen in Deutschland geben?
6. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit die KMU nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten, weil Rechnungen nicht rechtzeitig beglichen werden?

7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den KMU den Zugang zu Finanzierungsinstrumenten zu vereinfachen?
8. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um KMU an Standardisierungsprozessen zu beteiligen?
9. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen des Small Business Act KMU in Deutschland von überbordender Bürokratie zu entlasten?
10. Wie hoch ist der Bürokratiekostenanteil für KMU derzeit?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung den europäischen Vorschlag, neue Gesetze gebündelt nur zu bestimmten Stichtagen einzuführen?
12. Wie weit berücksichtigt die Bundesregierung bei der Vergaberechtsreform die Interessen von KMU wie es im Small Business Act gefordert wird?

Berlin, den 17. September 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion